

**Fünf Parteien beantworten Wahlprüfsteine
des Verbandes Freier Berufe in Bayern**

Wie die Parteien zur Freiberuflichkeit stehen

Wie schon bei vergangenen Wahlen hat der Verband Freier Berufe in Bayern den im Landtag vertretenen Parteien vor der Bundestagswahl auf den Zahn gefühlt und gefragt, wie sie zu zentralen Fragen der Freiberuflichkeit stehen. CSU, SPD, Grüne, FDP und Freie Wähler haben zu den Wahlprüfsteinen des Verbandes Freier Berufe in Bayern Stellung bezogen. Die AfD hat nicht geantwortet. CSU und Grüne haben sich auf die Beantwortung von nur acht statt zehn Fragen beschränkt.

Der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) fordert von den Parteien, die Stellung der Freien Berufe und das System der beruflichen Selbstverwaltung zu stärken. Gefragt hat er deshalb auch nach Maßnahmen, die Selbstständigkeit fördern und wie die Parteien damit umgehen, wenn gewerbliche Anbieter freiberufliche Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen – so etwa durch Medizinische Versorgungszentren oder Generalunternehmer.

Auf den Zahn gefühlt haben die Freiberufler den Parteien auch, ob sie detaillierte Zusagen zu Bürokratieentlastungen geben können. Wahlentscheidend könnte für den einen oder anderen Freiberufler die Frage sein, ob eine Partei einen Einbezug der Freien Berufe in die Gewerbesteuer plant und welche Förderprogramme für selbstständige Unternehmen der Freien Berufe initiiert werden.

Mit Blick auf die freiberufliche Kulturszene während der Corona-Einschränkungen fordert der VFB die Parteien dazu auf, sich zu verbindlichen Honorarverein-



**Wahlprüfsteine
zur Bundestagswahl 2021**

barungen oder anerkannten Mindesthonoraren zu positionieren. Der VFB will außerdem wissen, ob Anreize für qualitätsvollen und bezahlbaren Wohnungsbau inklusive Versorgungsstrukturen im Programm der Partei stehen und ob sie Maßnahmen bei Förderprogrammen, Ordnungsrecht und Steuerpolitik ergreifen, um CO₂-Emissionen zu reduzieren und weitere Rahmenbedingungen zur stärkeren Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten beim Planen und Bauen schaffen. Der letzte Punkt der Wahlprüfsteine fordert zeitnahe Zusagen für flächendeckende Voraussetzungen zur Digitalisierung und wie die Parteien die Versorgung mit entsprechenden Netzen in allen Landesteilen in der Fläche sicherstellen wollen.

Die ausführlichen Antworten
der Parteien finden Sie unter
[www.freieberufe-bayern.de/
vfb-wahlpruefsteine](http://www.freieberufe-bayern.de/vfb-wahlpruefsteine)



CSU



Die CSU bekennt sich zu den Kammern und will auch auf europäischer Ebene weiterhin für das Kammersystem werben.

In Deutschland will die Partei einen neuen Gründergeist entfachen, zu Selbstständigkeit und Unternehmertum motivieren. Unternehmensgründungen sollen innerhalb von 24 Stunden per Online-Antrag möglich sein. Neben dem Ausbau des bereits bestehenden Zukunftsfonds sollen Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen für technologieorientierte Jungunternehmen erweitert, die steuerlichen und administrativen Hürden für die Niederlassung großer Venture Capital Fonds hingegen abgebaut werden. Beteiligungen an Startups sollen erst dann besteuert werden, wenn aus den Beteiligungen Gewinne erzielt oder die Anteile veräußert werden. Die CSU will auch die Praktikabilität der Übertragung von Anteilen an Mitarbeiter deutlich verbessern und dafür eine eigene Anteilsklasse schaffen. Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, will die CSU die Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Selbstständige sollen zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen insolvenz sicheren und zugriffsgeschützten Vorsorgearten wählen können. An den berufsständischen Versorgungswerken hält die CSU fest.

Öffentliche Aufträge sollen schneller und effizienter insbesondere auch an Freiberufler vergeben werden. Die Vergabe soll dabei verstärkt auf elektronischem Weg stattfinden. Die CSU plädiert für eine Entlastung von Bürokratiekosten in Milliardenhöhe. Sie will ein bürokratiefreies Jahr nach Gründung einrichten und im zweiten Gründungsjahr bürokratische Belastungen auf ein Minimum reduzieren. Unter anderem sollen die Berichtspflichten für die amtliche Statistik um 25 Prozent reduziert und auch EU-Vorgaben entbürokratisiert werden. Eine Gewerbesteuerpflicht für Freie Berufe lehnt die CSU ab.

Sie will themen- und technologieoffene Projektförderungen stärken, die vor allem für den Mittelstand wichtig sind und dazu die bewährten Programme ausweiten. Anstelle von Kostenzuschüssen soll ein Teil der Förderung von den erzielten und im Unternehmen verbliebenen Gewinnen abhängig gemacht werden.

Bis 2025 sollen nach dem Willen der CSU mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Das Wohngeld soll ab 2022 regelmäßig angepasst werden. Die CSU tritt zudem für die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung für den Mietwohnungsneubau ein. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und die Anzahl der Bauvorschriften signifikant verringert werden. ●

SPD



Geht es nach der SPD, hat sich das System der beruflichen Selbstverwaltung bewährt. Deswegen werde sich die SPD dafür einsetzen, dass es national als auch international gestärkt wird. Menschen, die selbstständig sein wollen, will die SPD bestmöglich unterstützen. Einen Trend, dass freiberufliche Aufgaben der Daseinsvorsorge durch gewerbliche Anbieter übernommen werden, kann die SPD nicht bestätigen. Die Kommunen will sie bei der Einrichtung und beim Betreiben der integrierten medizinischen Versorgungszentren stärken. Insgesamt will sie für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken, den Erhalt der Versorgung inklusive des Ausbaus der integrierten Versorgungszentren in den ländlichen Regionen sowie eine integrierte, bessere Notfallversorgung sorgen. Bei der Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmen sieht die SPD einen gesetzgeberischen Nachsteuerungsbedarf.

Unnötige bürokratische Hürden sollen beseitigt werden. Dafür seien in dieser Legislaturperiode durch das Bürokratieentlastungsgesetz wichtige Weichen gestellt worden.

Die SPD spricht sich klar für die Einbeziehung von Freiberuflern in die Gewerbesteuer aus. Die zu zahlen-

de Gewerbesteuer soll aber auf die Einkommensteuer angerechnet werden. Ziel sei nicht die Mehrbelastung der Freien Berufe, sondern die Stärkung der Gewerbesteuer. Es handele sich im Ergebnis um eine Verlagerung der Steuereinnahmen von Bund und Ländern auf die Kommunen.

Den Digitalbonus auch für Freiberufler zu öffnen, ist laut SPD eine Frage der Gerechtigkeit. Er soll den Freien Berufen deshalb zugänglich gemacht werden.

Zur besseren sozialen Sicherung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern will die SPD Mindestgagen und Ausstellungshonorare fest etablieren. Sie will die Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.

Die SPD hält den Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich für erforderlich. Um insbesondere jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden zu erleichtern, soll in angespannten Wohnlagen der Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtert, Mietkaufmodelle gefördert werden.

Bis 2030 will die SPD fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme versorgen und zugleich Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern. Die EEG-Umlage soll bis 2025 abge-

schaft und aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Die SPD verspricht, die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde zu garantieren – durch

konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele. Dazu will sie einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. ●

Bündnis 90 / Die Grünen



Die Grünen wollen die Freien Berufe und ihre Selbstverwaltung auf nationaler und europäischer Ebene stärken. Sie setzen sich für transparente Kammern ein, die die Interessenvielfalt ihrer Mitglieder adäquat widerspiegeln. Sie stehen für Qualitätswettbewerb statt Preisdumping.

Mit einem Dreiklang aus weniger bürokratischen Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie schnelleren Planungen und Genehmigungen wollen die Grünen Selbstständigkeit fördern. Den Zutritt zur Arbeitslosenversicherung für Selbstständige wollen sie in Zukunft erleichtern und aktiv fördern sowie die Leistungen verbessern und an die von abhängig Beschäftigten angleichen.

Bei der öffentlichen Vergabe wollen die Grünen die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien verbindlicher machen. Außerdem sollen die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen sie auf ein Bundestarifreugesetz. Dadurch würden sich auch die Voraussetzungen für angemessene Honorare für Selbstständige verbessern.

Abläufe und Regeln sollen nach den Vorstellungen der Grünen vereinfacht werden. Sie fordern außerdem einfachere Steuerregeln: Anschaffungen bis 1.000 Euro sollen sofort abschreibbar sein. Zur Entlastung und Förderung der Solo-Selbstständigen und Kleinstunternehmen soll die Gewinngrenze für die Buchführungspflicht angehoben werden. Junge Unternehmen sollen in den ersten zwei Jahren bei Gründungen weitgehend von Melde- und Berichtspflichten befreit sein.

Bei der Gewerbesteuer sehen die Grünen eine erhebliche Ungleichbehandlung. Da auch Selbstständige und Angehörige der Freien Berufe die kommunale Infrastruktur nutzen, erscheint ihnen die unterschiedliche Behandlung nicht mehr zeitgemäß. Sie stehen einer Reform offen gegenüber.

Förderprogramme und Investitionszuschüsse wollen die Grünen für KMU einfacher zugänglich machen. Dafür sollen Förderungen unbürokratisch und digital beantragt werden können. Außerdem fordern die Grünen ein unbürokratisches und zinsloses Gründungs- und Neustartkapital in Höhe von 25.000 Euro für diejenigen, die nach der Krise den Schritt in die Selbstständigkeit oder einen unternehmerischen Neustart wagen. Im Programm haben die Grünen auch einen staatlichen Wagniskapitalfonds zur Finanzierung von Startups und einen höheren steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen.

Die Grünen sind für Honorarvereinbarungen zum Beispiel bei Künstlern. Unfares Preis-Dumping wollen sie durch ein allgemeines Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen unterbinden.

Die Grünen wollen die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und die Kommunen unterstützen, ihre Wohnungsgesellschaften und gemeinwohlorientierten Baugenossenschaften zu stärken. Das Ziel ist eine neue Wohngemeinnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen. Dafür soll die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Flächen zukaufen und an gemeinwohlorientierte Träger übertragen. ●

FDP



Die FDP will die Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Freie Berufe und Selbstständige sichern und erleichtern.

Und sie will Selbstständigkeit und Unternehmertum stärken. Sie hält eine stärkere finanzielle Entlastung für Unternehmen auch als Stärkung der Freien Berufe für notwendig.

Medizinische Notdienste müssen ihrer Ansicht nach stärker als bisher angemessen honoriert, hemmende Bürokratie abgebaut werden.

Am Kammersystem hält die FDP fest.

Für die vielen kleinen Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros fordert die FDP Unterstützung bei der

Einführung der neuen digitalen Arbeitsmethode Building Information Modeling, die das Planen, Bauen und den Betrieb revolutionieren werde. Deshalb seien insbesondere gemeinsame Schnittstellen und Standards erforderlich, um Markteintrittsbarrieren für Kleine und Mittlere Unternehmen zu verhindern.

Generell setzt die FDP sich für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung ein.

Die Wahl eines Vergabeverfahrens sollte nach Auffassung der FDP immer projektabhängig sein.

Die FDP will Selbstständigen mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben schaffen und fordert für einen Zeitraum von fünf Jahren ein »one in, two out«: Für jede neue bü-

rokratische Belastung müssen zwei alte gestrichen werden. Sie unterstützt zudem die Forderung nach einem Normenkontrollrat auf europäischer Ebene. Weiteres Entlastungspotential sieht sie in der Aufhebung der Mindestlohn-Dokumentationspflichten, der Anhebung der Buchführungsgrenzen und einer Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen. Des Weiteren müssen die Chancen von E-Government auf allen föderalen Ebenen zügig genutzt werden, um Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und zu beschleunigen. Unternehmen sollen ihre Informationen nur einmal an den Staat übermitteln müssen und nicht mehrmals an verschiedene staatliche Stellen.

Das Ziel der FDP ist auch, im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden. Die Finanzierung der Kommunen soll auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Die FDP will auch eine allgemeine Entlastung und die

Unternehmensbesteuerung auf den OECD-Durchschnitt von unter 25 Prozent senken, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Generell sehr wichtig ist für die FDP, dass in die Arbeitsbedingungen von Selbstständigen nicht hineinreguliert wird. Es gehöre zur Selbstständigkeit, auch über Honorare zu verhandeln. Sie setzt sich für eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens für Selbstständige und eine Anpassung der Altersvorsorge, Kranken- und Arbeitslosenversicherung entsprechend der Erwerbsbiografien ein.

Die Freien Demokraten fordern die Ausweitung des Emissionshandels auf den Gebäudesektor.

Die FDP fordert außerdem ein Ministerium für digitale Transformation, um Kompetenzen in einem Ministerium zu bündeln. Darüber hinaus fordert sie eine flächendeckende und hochleistungsfähige Mobilfunkabdeckung durch echten Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt sowie ein Glasfasernetz und eine konsequente Hochrüstung bestehender Mobilfunknetze. ●

Freie Wähler



Die Freien Wähler wollen die freiberuflichen Strukturen in Deutschland erhalten. Deshalb bekennen sie sich ausdrücklich zur freiberuflichen Selbstverwaltung. Neben dem Erhalt der Berufskammern dürfe das Fremdkapitalverbot für die Freien Berufe nicht in Frage gestellt werden, um den Einfluss berufsfremder Interessen zur Wahrung der Unabhängigkeit in der Ausübung der Freien Berufe zu vermeiden.

Die Freien Wähler wollen die Honorar- und Gebührenordnungen an die neuen Anforderungen und die tatsächliche Kostenentwicklung anpassen. Die Gebührenhöhe soll sicherstellen, dass unabhängige und qualitativ hochwertige Leistungen zu bezahlbaren Preisen erbracht werden können.

Im Gesundheitsbereich sollen in Anbetracht der hohen Anzahl von Medizinstudentinnen gerade für die ärztliche Niederlassung moderne Modelle entwickelt werden, die Vereinbarkeit einer eigenen Praxis mit einer Familiengründung zu ermöglichen. Die Entwicklung, bei der ganze Versorgungsbereiche in einer Hand von Investoren sind, sehen die Freien Wähler sehr kritisch.

In der Trennung von Planung und Bauen sehen die Freien Wähler ein wichtiges Korrektiv. Eine zusammengefasste Vergabe an einen Generalauftragnehmer werde den kleinteilig strukturierten Unternehmen nicht gerecht. Sie setzen sich deshalb dafür ein, dass öffentliche Aufträge so vergeben werden, dass kleine und mittlere Unternehmen Teilaufträge übernehmen können, dass

die erforderliche digitale Infrastruktur flächendeckend für alle Unternehmen verfügbar gemacht wird.

Die Freien Wähler wollen einen grundlegenden Bürokratieabbau, der alle Wirtschaftsbereiche und ganz konkret auch die Freien Berufe unterstützt.

Sie setzen sich generell gegen Steuererhöhungen oder die Ausweitung von Steuern ein.

Einer Einführung von verbindlichen Mindesthonoraren für Künstler stehen die Freien Wähler grundsätzlich positiv gegenüber. Sie unterstützen die Forderung von anerkannten Mindesthonoraren für Ausstellungen.

Anreize für qualitätsvollen und bezahlbaren Wohnungsbau wollen die Freien Wähler über vereinfachte Bauordnungen, verbesserte Rahmenbedingungen für den sozialen Wohnungsbau und allgemeine Investitionsanreize für den Wohnbau schaffen. Mit gezielten Förderungen wollen sie den Anteil an Wohnraumeigentümern erhöhen. Förderungen, wie die Eigenheimzulage oder ein Baukindergeld, müssen bundesweit verstetigt werden.

Die Freien Wähler setzen sich dafür ein, dass der Klimaschutz Verfassungsrang erreicht. Sie wollen eine dezentrale Energiewende, bei der regenerative Energie und Wärme vor Ort produziert und verbraucht wird.

Vor allem ländliche Gebiete sollen nach dem Willen der Freien Wähler von der Digitalisierung profitieren.

Sie setzen sich dafür ein, dass die erforderlichen Mittel für den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur bereitgestellt werden. ●